

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen 16. November 2013, Dresden, Gewerkschaftshaus

Beschluss

Kohle hat keine Zukunft. Schluss mit rückwärtsgewandter Energiepolitik - Sachsens Energiewendeblockade beenden!

Wir von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen bekräftigen die Energie- und kohlepolitischen Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenzen von 2011, 2012 und 2013 und ergänzen deren Forderungen in Anbetracht aktueller Entwicklungen durch folgende Positionen:

1. Die Energiewende ist für uns der Übergang von der Energieversorgung des letzten Jahrhunderts zu einer modernen, zukunftssicheren und auf Dauer bezahlbaren Energieversorgung auf Basis unerschöpflicher und sauberer Erneuerbarer Energien.
2. Die Energiewende ist eine große Aufgabe, vor allem aber auch eine gewaltige Entwicklungschance für Sachsen! Wir von Bündnis 90/Die Grünen sehen für Sachsen in der in Gang gekommenen dezentralen Energiewende große Chancen für tausende sächsische Unternehmen, Chancen für den Aufbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur, Chancen für nachhaltige Entwicklung, Chancen für ein Hand-in-Hand von Ökonomie und Ökologie, Chancen zur Hebung von Kostensenkungspotenzialen in Kommunen, Verwaltungen und Unternehmen.

Die aktive Mitwirkung am großen Projekt Energiewende ist für Sachsen als Bundesland im Wettbewerb der Länder und Regionen wichtig. Es wäre ein geistiges Armutszeugnis für unser gerühmtes „Land der klugen Köpfe“, würde sich Sachsen weiter rückwärtsgewandt auf die Konservierung des Energiesystems von Gestern richten! Wird dieser Kurs nicht korrigiert, so wird Sachsen unweigerlich zum Träger der roten Laterne in diesem Wettstreit um zukunftsfähige Arbeitsplätze und Technologien. Leichtfertig wird damit die wirtschaftliche Teilhabe der sächsischen Bürgerinnen und Bürger an der enormen Wertschöpfung beim Umbau der Energiesysteme aufs Spiel gesetzt.

3. Das Festhalten am Dauerbetrieb unflexibler Braunkohlekraftwerke hat zusammen mit nicht mehr zeitgemäßen Marktmechanismen beim riesigen Ausbauerfolg Erneuerbarer Energien zu großen Problemen am Strommarkt geführt.

Eine zukunftsfähige und gesamtwirtschaftlich sinnvolle Lösung dieser Probleme erfordert, dass die schmutzigsten und unflexibelsten Kohlekraftwerke so schnell wie möglich vom Netz gehen. Ersetzt werden müssen sie durch Ausbau Erneuerbarer Energien sowie durch

bestehende und neue Reservekapazitäten auf Basis effizienter, flexibler Gaskraftwerke, vorzugsweise mit Kraft-Wärme-Kopplung. Ein geeigneter Weg, um diesen Kohleausstieg mit den Hebeln des Marktes einzuleiten, besteht in der Berücksichtigung externer Kosten der Kohleverstromung. Die Instrumente sind CO₂-Mindestpreise in Kombination mit selbstverständlichen, jedoch trotzdem bis heute nicht erhobenen Abgaben bei der Kohlegewinnung aus sächsischem Boden, mit Vorgaben zur Umsetzung von Immissionschutz und Brennstoffeffizienz auf bestmöglichem Stand sowie mit Sicherheitsleistungen für die vollen Kosten der späteren Beseitigung der Folgen der Kohlewirtschaft.

4. Uns ist bewusst, dass bei der Weiterentwicklung des EEG, beim Emissionshandel und bei der Bereitstellung und Finanzierung gesicherter, flexibler Kapazitäten rasch und lösungsorientiert gehandelt werden muss. Wir wollen, dass Sachsen dazu im Bundesrat und auf europäischer Ebene seine Verhinder-Rolle ablegt und künftig aktiv an Lösungen mitwirkt, die den Erfolg der Energiewende zum Ziel haben.
5. Unmittelbare Konsequenz einer künftigen, erfolgsorientierten Mitwirkung des Freistaates Sachsen bei der Umsetzung der Energiewende wird die Erkenntnis sein, dass die langfristige Festlegung auf Braunkohlewirtschaft und die aktive Gestaltung der dezentralen Energiewende zwei völlig inkompatible Zielstellungen sind. Je früher die prinzipielle Entscheidung für den Abschied von der Kohle fällt, desto besser lässt sich der unumgängliche Strukturwandelprozess in sächsischen Regionen und Industriesegmenten steuern und begleiten.
6. In Sachsen muss die Diskussion der Zukunftschancen in Gang kommen, die der Strukturwandel für Menschen und Regionen im Zuge des Kohleausstiegs öffnet. Keine Angstmache vorm Kohleausstieg! Ein Problem für Beschäftigte und für Regionen erwächst aus dem Kohleausstieg nur dann, wenn man ihn nicht gezielt vorbereitet, sondern nach Versuchen des „Aussetzens“ von wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligter Unternehmen überrascht wird. Ein geplanter und begleiteter Strukturwandel schafft nachhaltig Jobs und regionale Entwicklungschancen, die zuvor versperrt waren. Dazu muss der Ausstieg aber nach einem gesicherten, verlässlichen Zeitplan und durch finanzierte Programme begleitet erfolgen und nicht Hals über Kopf, wenn Vattenfall oder MIBRAG von heute auf morgen auf Grund nicht von Sachsen zu verhindernder Entscheidungen und Änderungen der Rahmenbedingungen die Lust auf sächsische Braunkohle verlieren.
7. Die dezentrale Energiewende ist nicht mehr umkehrbar. Diese Erkenntnis beginnt auch in Energiekonzernzentralen bereits weitgehende Strategiewechsel in Gang zu setzen. Vorzeitige Ausstiegsszenarien aus Tagebauprojekten werden diskutiert. Der Abschied von der Braunkohle ist längst keine Frage des „Ob“ mehr, sondern nur noch des „Wann“. Unter diesen Rahmenbedingungen muss die bisherige Genehmigungspraxis sämtlicher Planungen zu Tagebauerweiterungen und –Neuaufschlüssen in Sachsen sofort revidiert werden. Es gibt keine

Perspektive der Braunkohlenförderung über 2030 hinaus, die heute die Schaffung vollendeter Tatsachen für weitere, massenhafte Zerstörung von Kulturlandschaft und Vertreibung von Menschen rechtfertigt! Wir fordern ein Moratorium für alle Tagebauerweiterungen in Sachsen bis zur Verabschiedung eines durchgerechneten Zeitplanes für das Auslaufen der Kohleverstromung in Sachsen! Keine Genehmigung für Tagebaue „ins Blaue hinein“ - über den Bedarf der sächsischen Kohlekraftwerke in ihrer genehmigten Restlaufzeit hinaus!

8. Die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Sachsen tragen unmittelbar und auch langfristig schwer an den Folgen der Braunkohleverstromung. Die Gewinne fließen in die Taschen internationaler Eigentümer, die immensen externen Kosten und Folgen der Tagebaue und Schadstoffemissionen fallen hier bei uns an. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass eine sächsische Staatsregierung die Interessen des Freistaates und seiner Bürger vertritt! Wir fordern als ersten, selbstverständlichen Schritt die Erhebung aller rechtlich möglichen Abgaben auf die aus sächsischem Boden geholte Kohle und auf das entnommene Wasser und folgen dabei den Vorschlägen unserer Landtagsfraktion. In einem zweiten Schritt muss sich der Freistaat Sachsen im Bund für eine Novelle des Bundesberggesetzes (BbergG) einsetzen und Initiativen zur Umsetzung eines CO₂-Mindestpreises auf Bundes- und EU-Ebene unterstützen. Sachsen muss sich für Forderungen stark machen, in der verbleibenden Restlaufzeit der Kohlekraftwerke durch Nachrüstungen den Immissionsschutz und den Brennstoffverbrauch der Kraftwerke auf den besten verfügbaren Stand der Technik zu heben. Dazu müssen Forderungen nach verschärften Grenzwerten zumindest für die schlimmsten Umweltgifte in Anlehnung an die besten internationalen Normen im Bund und in der EU erhoben und unterstützt werden.

Nur auf diesem Weg lässt sich eine schrittweise Internalisierung der hohen externen Kosten der Braunkohleverstromung erreichen und damit auch ein Ausgleich der hohen Belastungen, die heute die Bürgerinnen und Bürger über ihre Steuern als „zweite Stromrechnung“ und über Schäden für Leben und Gesundheit für den Kohlestrom bezahlen.

9. Eine wichtige Konsequenz der langjährigen Erfahrungen der Menschen in Sachsen mit der Braunkohle ist, die Kosten für die langwierige und aufwändige Beseitigung der Bergbaufolgen tatsächlich in vollem Umfang von denen einzufordern, die zuvor auch den wirtschaftlichen Nutzen aus der Kohlegewinnung gezogen haben. Die Absicherung dieser vollen Kostenübernahme erscheint unter den Bedingungen eines unvermeidlichen Kohleausstieges und der existierenden Rückzugs- und Veräußerungspläne von Betreibern umso wichtiger.

Der Freistaat Sachsen hat hier in seiner Genehmigungspraxis unbedingt alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und etwa die nach § 56 BbergG heute schon möglichen, vollumfänglichen, insolvenzsicheren Sicherheitsleistung für spätere Rückbau- und Rekultivierungsmaßnahmen zu verlangen.

10. In der sächsischen Energiepolitik müssen ideologische Handlungsbarrieren überwunden werden. Zukunftsgerichtete Handlungsfähigkeit setzt eine sachliche Analyse voraus anstelle rückwärtsgewandter oder strukturkonservativer Denkverbote. Wir Grünen in Sachsen sind bereit für einen Dialog, in dem unter Berücksichtigung von langfristigen Risiken und Chancen, von gesamtgesellschaftlichen Kosten- und gemeinschaftlichem Nutzen miteinander nach demokratisch mehrheitsfähigen Wegen in die energiepolitische Zukunft des Freistaates gesucht wird. Nur solche Wege, die mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden, anstatt per Festlegung mit einigen Großunternehmen und Interessengruppierungen, lassen sich in langfristigen Transformationsprozessen auch konsequent verfolgen.
11. Wir halten uns auch bei diesem Thema nicht für die Inhaberin der einzigen Wahrheit, sondern suchen in geübter basisdemokratischer Tradition nach breitem gesellschaftlichem Konsens.
12. Wir sehen es als unsere politische Verantwortung, ganz reale, praktisch wirksame Schritte für den Einstieg in wirksamen Klimaschutz und für die Beendigung der Energiewendeblockade in Sachsen zu gehen. Das ist notwendig, weil dafür nicht mehr viel Zeit bleibt. Papier ist genug beschrieben! Den Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen sagen wir ganz klar: wer die unsinnige und für die Menschen in Sachsen in so vielfacher Weise schädliche sächsische Blockade von Energiewende und Klimaschutz beenden will, der braucht dazu starke Grüne im sächsischen Landtag und in einer sächsischen Staatsregierung. Wir sind heute die einzige parlamentarische Kraft in Sachsen, die eine zukunftsgerichtete Rolle Sachsens in der Energiewende verantwortungsbewusst, konsequent und kompetent vertritt. Wir wollen handeln, wir können handeln und wir werden handeln, um bei den zentralen Themen Energiewende und Kohleausstieg wirklich umzusetzen, was eine unserer Kernaussagen ist: „Sachsen ist Erneuerbar“!

Begründung:

Sachsen ist eines der Bundesländer, in denen die Braunkohleverstromung als schmutzigste und klimaschädlichste Form der Energieerzeugung eine besonders wichtige Rolle spielt. Für die sächsische Staatsregierung steht die Braunkohle in herausgehobener Weise im Zentrum Energie- und machtpolitischer Überlegungen, lässt sie sich doch auch als wirksame Bremse gegen die ungeliebte dezentrale Energiewende und als Blockade gegen die Marktintegration Erneuerbarer Energien einsetzen. Gleichzeitig bezieht man damit offen Position gegen nationale und internationale Klimaschutzanstrengungen.

Der sächsische Landesverband von Bündnis 90/ Die Grünen hat im Juni 2011 auf der LDK in Dresden, im März 2012 auf der LDK in Görlitz und im März 2013 auf der LDK in Chemnitz wichtige Beschlüsse zu Erneuerbaren Energien, Kohleausstieg sowie zum Kohlebergbau und dessen Folgen gefasst. Seit

diesen letzten Beschlüssen zum Thema Braunkohleverstromung hat sich die energiepolitische Landschaft rasch weiter entwickelt.

Die aktuelle Beschlusslage von Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene reflektiert dies bereits.

Es ist sehr wichtig, dass auch und gerade wir sächsischen Grünen beim Thema Kohleausstieg eine Vorreiterrolle einnehmen!

- Das ist wichtig, weil es unsere sächsischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, die zu den ganz unmittelbar Betroffenen zählen, wenn Umwelt zerstört, Heimat abgebaggert und große Mengen an Schadstoffen freigesetzt werden.
- Das ist wichtig, weil es unser Freistaat ist, der sich noch heute bundesweit hervortut als emsigster Blockierer Erneuerbarer Energien im eigenen Land und als verbissener Bremser der Energiewende auf Bundesebene. Schmutziger Braunkohlestrom aus Sachsen spielt dabei eine zentrale Rolle.
- Das ist wichtig, weil die Landtagswahlen 2014 – auch in Sachsen – die nächstliegende und wirklich dringend nötige Chance bieten, die Energiewende zurück auf die politische Agenda zu bringen und die Schaffung vollendeter Tatsachen und langfristiger Blockaden in wichtigen Bastionen der fossilen Lobby zu verhindern.
- Das ist wichtig, weil Anfang Oktober 2013 84 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine schnelle Energiewende hin zu 100% Erneuerbarer Energien wollten. Über 72 Prozent stimmten im März 2013 in Ostdeutschland für einen Kohleausstieg bis spätestens 2040. Für 62 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger war der energiepolitische Standpunkt der Parteien unmittelbar vor der letzten Bundestagswahl maßgeblich für ihre Wahlentscheidung, für 19 Prozent sogar ausschlaggebend. Bei der Frage: „Welche Partei löst die Probleme am besten...“ ist es das Thema Energie, bei dem Bündnis 90/Die Grünen mit großem Abstand vor allen anderen Parteien die höchste Kompetenzzuschreibung erhält.
- Das ist wichtig, weil wir - Bündnis 90/ Die Grünen – es sind, die Atomausstieg, Erneuerbare Energien, dezentrale Energiewende und Kohleausstieg als Themen mitten in die Gesellschaft getragen und mehrheitsfähig gemacht haben. Das sind und bleiben zentrale Leitthemen, da sie sich ganz unmittelbar aus unserer Kernthese ableiten, dass wir diese Erde von unseren Kindern nur geborgt haben!
- Das ist wichtig, weil wir die Aussage der Wissenschaft ernst nehmen, dass uns nur ein kleines Zeitfenster für klimapolitische Fortschritte bleibt, wenn das laufende, riskante Experiment der Menschheit mit den Lebensbedingungen unserer Kinder und Kindeskinde nicht völlig unserer Kontrolle entgleiten soll. All unsere künftige Entscheidungsfreiheit in tagespolitischen Fragen hängt davon ab, ob die Bewältigung der grundlegenden Bedrohungen gelingt.

- Das ist wichtig, weil wir die einzige parlamentarische Kraft in Sachsen sind, die das Thema verantwortungsbewusst, konsequent und kompetent vertreten kann und vertreten wird. Eine Mehrheit unserer sächsischen Mitbürgerinnen und Mitbürger erwartet das von uns!

Die energiepolitische Landschaft im Umfeld der Braunkohleverstromung entwickelt sich rasch. Eine Reihe von Entwicklungen, insbesondere aber von Daten aus Studien zu Folgen der Kohleverstromung, konnten bei unseren Beschlüssen der Jahre 2011 und 2012 noch nicht berücksichtigt werden:

- Die entschlossenen schwarz-gelben Kohleprotagonisten in der sächsischen Parteienlandschaft drohen Verstärkung zu erhalten.

Die Regierungskoalition hat in den letzten Jahren in Sachsen proaktiv für die Langfristperspektive der Braunkohleförderung und Braunkohleverstromung in Sachsen agiert. Die SPD hatte einen langfristigen Strukturwandel bei der Energieerzeugung nicht ausgeschlossen, die zeitlich unbegrenzte Fortsetzung einer Kohlenutzung allerdings als sinnvoll angesehen.

Nach der Bundestagswahl 2013 hat nun auch die SPD auf Bundesebene den pro-Kohle-Kurs deutlich verschärft. Aus ihren Reihen wurden zeitgleich mit dem Beginn der Koalitionsverhandlungen Forderungen nach Drosselung des Ausbaus Erneuerbarer Energien, nach Ausweitung der Industrie-Ausnahmeregelungen bei der EEG-Umlage und nach Subventionen für Kohlekraftwerke lautstark geäußert. In einer großen Koalition könnte die SPD eine besonders aktive Rolle bei der Unterstützung der Kohleverstromung spielen und damit auch in den Ländern die Auseinandersetzung um den Kohleausstieg verschärfen.

- Die Kohleverstromung in Deutschland erlebt derzeit eine Blüte - trotz großer Ausbauerfolge der Erneuerbaren Energien. Die CO₂-Emissionen aus der Kohleverstromung in Deutschland steigen an. Ursache ist vor allem der nichtfunktionierende Emissionshandel. Riesige Kohlestrom-Exportüberschüsse sind die Folge. Das ist sinnlos erzeugter und billigst verschleuderter Strom, hier bei uns teuer erkaufte durch heimische Umweltzerstörung und Vertreibung, durch massiven Schadstoffausstoß, Ressourcenvernichtung und enorme Folgeschäden.
- Die Braunkohleverstromung hat sich zum massivsten Hemmschuh für die Energiewende entwickelt. Kohlestrom ist nicht nur selbst viel teurer, als er an der Börse gehandelt wird. Er macht durch seine unflexible Eigenschaft, auch dann erzeugt werden zu müssen, wenn ihn keiner braucht, die Börsenpreise für Erneuerbare Energien und dringend notwendige flexible Reservekapazitäten kaputt, bläht damit die Differenzkosten als Grundlage für die Berechnung der EEG-Umlage irrsinnig auf und verteuert die Energiewende. Das ist unmittelbare Folge der Tatsache, dass zwei völlig inkompatible Welten der Stromerzeugung parallel finanziert werden

müssen, solange die unflexiblen Braunkohlekraftwerke trotz Ausbaus der Erneuerbaren Energien weiter betrieben werden.

Diese Situation hat sich in den letzten Monaten immer mehr verschärft. Sie bedroht Verfügbarkeit und Ausbau dringend notwendiger, flexibler Reservekapazitäten in Form hocheffizienter Gaskraftwerke und erschwert die Marktintegration Erneuerbarer Energien.

- Die Forderung nach dringlicher Notwendigkeit eines CO₂-Mindestpreises gewinnt breitere Unterstützung. Falls der europäische Emissionshandel dieses Ziel nicht kurzfristig erreichen kann, wird eine nationale CO₂-Besteuerung als rechtlich möglicher und schnell umsetzbarer Weg mit positiver Wirkung im Energiemarkt gesehen.
- Die immensen Schäden und externe Kosten der Kohleverstromung, die noch zusätzlich zu denen der Folgekosten der CO₂-Emission entstehen, wurden in den letzten Monaten in epidemiologischen, wissenschaftlichen Studien näher quantifiziert. Allein den Emissionen aus dem Betrieb der zwei sächsischen Großkraftwerke Boxberg (hinsichtlich Schadstoffemission Rang 11 aller europäischen Industrieanlagen) und Lippendorf (Rang 14) sind danach statistisch 376 Todesfälle pro Jahr zuzurechnen. Die gesundheitlichen Folgen des Betriebs dieser beiden Kraftwerke messen sich in jährlich über 85000 Tagen verlorener Arbeitszeit und jährlich über 4000 Jahre an reduzierter Lebenserwartung.

Die wirtschaftlichen Schäden allein durch diese zwei Kraftwerke wurden durch die Europäische Umweltagentur 2011 mit 1390...2166 Millionen Euro pro Jahr beziffert.

- In anderen Industrienationen nimmt die Energiewirtschaft endgültig Abschied von der Kohle. In den USA werden neue Kohlekraftwerke durch massive Verschärfung der CO₂-Grenzwerte de facto verboten. In Großbritannien wird die Kohleverstromung durch CO₂-Besteuerung verdrängt. International lassen Investoren Kohlestromprojekte wegen unsicherer Wirtschaftlichkeit fallen. Der Kohlestromproduzent RWE denkt laut über eine vorfristiges Ende der Kohleförderung in Garzweiler nach. Vattenfall trägt sich mit der Absicht, sich aus der deutschen Braunkohleverstromung zurückzuziehen. Die Regierungskoalition im Freistaat Sachsen steht gleichwohl weiter voll hinter der Braunkohleverstromung und sieht darin den Kern energiepolitischer, sächsischer Zukunft.
- Die Bundesrepublik Deutschland hat im Oktober 2013 die Quecksilberkonvention der Vereinten Nationen unterzeichnet. Ziel der Konvention ist der Einstieg in einen Prozess, der zum Verbot der Quecksilber-Förderung und -Verwendung führt und eine Emissionsbegrenzung nach dem jeweils besten verfügbaren Stand der Technik anstrebt. Anlass für die Konvention ist der gewachsene Kenntnisstand über die enormen Auswirkungen selbst geringster Quecksilbermengen insbesondere auf ungeborenes Leben und auf Kleinkinder.

Die Hauptquelle des Quecksilbers in der Luft ist in Deutschland die Kohleverstromung. Sie

zeichnet für 70% der Quecksilberemission verantwortlich! Der in Deutschland gültige Quecksilber-Grenzwert im Abgas von $30\mu\text{g}/\text{m}^3$ wurde für die Müllverbrennung als tragbar angesehen. Er gilt jedoch in der Bundesrepublik gleichermaßen auch für riesige Kohlekraftwerke. Die Verbrennung dutzender Millionen Tonnen Kohle in der Energiewirtschaft führt jedoch beim gleichen Grenzwert zu ungleich höheren Freisetzungsmengen. In den USA darf ab 2016 kein bestehendes Kraftwerk mehr als durchschnittlich $1,5\mu\text{g}/\text{m}^3$ Quecksilber ausstoßen – 20mal weniger, als in Deutschland noch erlaubt. Die notwendige Technik zur Senkung der Quecksilberemission auf unter $1\mu\text{g}/\text{m}^3$ ist verfügbar. Ein Schutz der Bevölkerung nach dem verfügbaren Stand der Technik durch Nachrüstung der schmutzigen Kohlekraftwerke ist möglich! Er wird in Deutschland offenbar als zu teuer angesehen. Gravierende Folgen insbesondere für ungeborenes Leben, für Säuglinge und Kleinkinder werden in Kauf genommen. Öffentliche Information und öffentlicher Druck auf verschärfte Grenzwerte und deren Durchsetzung sind hier dringend geboten!

- Im Zuge der aktuellen Diskussionen um Reservekapazitäten und deren Vergütung werden aus der Kohlewirtschaft in konzertierter Weise Stimmen laut, die Kapazitätszahlungen für alte, unflexible Kohlemeiler erreichen wollen. Damit wollen sie auf Kosten der Stromkunden deren Wirtschaftlichkeit auch dann noch sicherstellen, wenn die Kohlekraftwerke wegen ihrer Unflexibilität und wegen der Ausbauerfolge Erneuerbarer Energien immer weniger Betriebsstunden erreichen. Es gilt zu verhindern, dass Kohlekraftwerke hier milliardensubventionen erhalten, die die Energiewende verteuern und die dann beim Ausbau wirklich notwendiger Reservekapazität auf Basis hocheffizienter Gaskraftwerke, vor allem mit Kraft-Wärme-Kopplung, fehlen.
- In Sachsen steht nun mit dem angekündigten Rückzug von Vattenfall möglicherweise mittelfristig ein Eigentümer- und Betreiberwechsel für die schmutzigsten und umweltschädlichsten sächsischen Braunkohlekraftwerke und angeschlossene Tagebaue an. Eine Regierungskoalition, die der Fortführung der Braunkohlewirtschaft oberste Priorität einräumt, wird neuen Betreibern sicherlich keine Lasten auferlegen, selbst wenn das für den bestmöglichen Schutz der sächsischen Bürgerinnen und Bürger und ihrer Umwelt geboten erschiene.